

17.21

Abgeordnete MMag. Dr. Agnes Totter, BEd (ÖVP): Frau Präsidentin! Ich darf zuallererst einige Grüße ausrichten: Im Namen meiner Kollegen Fritz Ofenauer und Christoph Zarits begrüße ich eine Abordnung des NÖAAB aus Sankt Pölten. – Herzlich willkommen! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen sowie bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Im Namen meines Kollegen Hans Stefan Hintner begrüße ich außerdem eine Delegation der Unicredit NÖ-Süd/Burgenland, bei der auch der Bruder meines Kollegen, Mag. Herbert Hintner, dabei ist. – Herzlich willkommen! *(Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten von SPÖ und Grünen.)*

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren auf der Galerie und vor den Bildschirmen! Wer über zu wenig Bildung und Qualifikation verfügt, kann am gesellschaftlichen Leben gar nicht oder nur eingeschränkt teilnehmen und bringt sich auch um die Chance, ein selbstbestimmtes und wirtschaftlich unabhängiges Leben zu führen.

Als ausgebildete Pädagogin und im Bildungsbereich Tätige bin ich mit dem Bildungswesen in Österreich bestens vertraut. Zugleich bin ich auch Abgeordnete in meiner lebenswerten Region Südoststeiermark, und mittlerweile sprechen mich dort auch viele Unternehmer an und teilen mir mit, dass sie nur schwer qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden. Sie können dadurch Aufträge nicht annehmen, und das schwächt durch nicht generierte Wertschöpfung und dadurch verlorene Kaufkraft die gesamte Region.

Gleichzeitig gibt es leider noch immer zu viele Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – über keinen Pflichtschulabschluss verfügen und denen wir eine höhere Qualifikation ermöglichen müssen. Mit den aus diesem Gesetz resultierenden Maßnahmen fördern wir das Erlangen von Pflichtschulabschlüssen und ermöglichen so eine Höherqualifikation, um in den Arbeitsmarkt einsteigen zu können. Konkret wird es bis 2028 zusätzliche Förderungen für Bildungsmaßnahmen im Bereich der Basisbildung sowie für

Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zählt man die Beträge von Bund, Ländern und dem Europäischen Sozialfonds zusammen, so steigen die jährlich für die Erwachsenenbildung zur Verfügung stehenden Mittel von rund 28 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro. Dass der Bund nun die genannten Maßnahmen setzt, ist richtig und wichtig, denn von SPÖ-Bildungsministerinnen verschuldete Versäumnisse in der Bildungspolitik müssen dringend behoben und ausgeglichen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aus den Fehlern der Vergangenheit müssen wir lernen und erkennen, dass sich eine Investition in die schulische Basisbildung – und diese erfolgt in erster Linie in der Volksschule – jedenfalls lohnt. *(Zwischenruf der Abg. Kucharowits.)*

Gerade in der Grundstufe I, der Volksschule, werden die so wesentlichen Grundkompetenzen vermittelt. Häufig müssen auch Versäumnisse im Elternhaus ausgeglichen werden. Daraus resultierend können die Entwicklungsunterschiede der Kinder im Schuleingangsbereich bis zu fünf Jahre betragen. Für die Kolleginnen und Kollegen in den Volksschulen ist es eine wirkliche Herausforderung, diese Unterschiede auszugleichen und alle Kinder bestens zu fördern. – Ich danke Ihnen für diese großartige Arbeit! *(Beifall bei der ÖVP sowie des Abg. Schwarz.)*

Dank gebührt auch unserem Herrn Minister Polaschek für seine Bereitschaft, auf diesen so sensiblen Bereich gut zu achten, denn da sind zusätzliche Ressourcen dringend notwendig.

Geschätzte Damen und Herren! Die administrative Unterstützung an den Pflichtschulen ist ein Meilenstein, und sie ist eine Unterstützung nicht nur für Schulleitungen, sondern auch für alle Lehrkräfte und somit eine große Unterstützung für die gesamte Schule. In diesem Bereich müssen wir dranbleiben, denn eine flächendeckende Umsetzung der administrativen Assistenz ist wichtiger denn je.

Ich wünsche allen Schülerinnen und Schülern und auch allen Lehrkräften ein gesegnetes Weihnachtsfest und erholsame, wirklich verdiente Ferien und bedanke mich bei allen Pädagoginnen und Pädagogen an unseren Pflichtschulen für die wertvolle Arbeit. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der Grünen.*

17.26

Präsidentin Doris Bures: Zu Wort ist dazu nun niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist damit geschlossen.

Wird seitens der Berichterstattung ein Schlusswort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu den **Abstimmungen**, die ich über jeden Ausschussantrag getrennt vornehme.

Wir kommen zur Abstimmung über **Tagesordnungspunkt 15:** Antrag des Unterrichtsausschusses, den Abschluss der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2024 bis 2028 in 2311 der Beilagen zu genehmigen.

Wer sich dafür ausspricht, den bitte ich um ein Zeichen. – Das ist mit **Mehrheit angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Tagesordnungspunkt 16**, die dem Ausschussbericht 2331 der Beilagen angeschlossene **EntschlieÙung** betreffend „Wiederverleihung des Staatspreises Erwachsenenbildung“.

Wer spricht sich dafür aus? – Auch das ist mit **Mehrheit angenommen**. (xx/E)